

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montag nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.



Danziger Zeitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Interate nehmen an in Berlin; A. Retemper, in Leipzig; Ilgen & Fort, H. Engler, in Hamburg; Hagelstein & Vogler, in Frankfurt a. M.; Jäger'sche, in Elbing; Neumann Hartmanns Buchholz.

Beitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben überaus längst geruht: Dem Gauleiter Vogelsang zu Halle in Westfalen, dem Polizei-Inspector Bayre zu Grünberg, dem Gutsbesitzer Boecker zu Geldern, dem Gutsbesitzer Kinghs zu Strößen und dem Kaufmann Greven zu Geldern den Rothen Adler-Dreieen vierter Klasse, so wie dem Kaufmann Witte zu Berlin und dem Reiterwirten des 3. Garde-Regiments z. F. Lewadowic zu Strzelno die Reitags-Medaille am Bande; ferner den Geheimen expedirenden Secretären und Calculatoren bei dem General-Postamt, Meissner und Blindow, den Charakter als Rechnungsraht zu verleihen.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 2 Uhr Nachmittags.

Berlin, 26. Novbr. Abgeordnetenhaus. Die conservative Fraction hat folgenden Antrag eingebracht: Das Haus erklärt sich bereit, bei gegenwärtiger Lage der Erbsfolge in den Herzogthümern Holstein, Lauenburg und Schleswig der Königlichen Regierung zur energischen Wahrung aller Rechte des deutschen Bundes die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Antragsteller: von der Heydt, Wagener und von Blankenburg.

Angelommen 9 Uhr Vormittags.

Gotha, 25. November. Der Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein beantragte beim Bundestage, Maßregeln zum Schutz der Beamten anzuordnen, welche dem Könige Christian den Eid verweigerten. Überst du Platz ist von Hamburg angekommen; er übernimmt die Leitung der Militärangelegenheiten.

Angelommen 10 Uhr Vormittags.

Wien, 25. November, Abends. Die hiesige offiziöse General-Correspondenz enthält einen Petersburger Brief, in welchem mitgetheilt wird, daß Russland in seiner Antwort in Betreff des Congresses genau auf dem Standpunkte der übrigen Mächte stehe und sich in seiner Erwiderung denselben parallel verhalte. In der holsteinischen Frage dürfte sich Russland der Haltung Österreichs und Preußens anschließen. Die General-Correspondenz enthält ferner einen Brief aus Constantinopel, in welcher die Nachricht auf das Entschiedenste in Abrede gestellt wird, daß der Sultan persönlich den Pariser Congress besuchen wolle. Die Porte sei im Prinzip der Congregatio geneigt, sie macht aber dieselben Vorfragen und Vorbehalte geltend, wie sie von anderen Seiten bekannt geworden.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Frankfurt a. M., 26. November. Die Sitzung des Bundestages ist bis zum Sonnabend verschoben worden. Der holsteinische Ausschuss wird mithilflich bis zum Auftag der Sache die Ausschließung beider Bewerber um die holstein-lauenburgische Stimme beantragen.

Was sich Berlin erzählt.

Berlin befand sich im Laufe der vergangenen Woche in einer fortwährenden politischen Aufregung, hervorgerufen durch den tödlichen Tod des Königs von Dänemark, die Anwesenheit des Erbprinzen von Augustenburg und seine bekannte Proklamation, worin er seine gerechten Ansprüche auf die Herzogtümer geltend macht. Ein hiesiger Diplomat soll bei dieser Gelegenheit die Aeußerung gethan haben: "Der Augustenburger habe allerdings die Erbsfolge, der Glücksburger die Erfolge für sich; die letzteren geben aber heut zu Tage den Ausschlag." Nicht minder interessant waren die Debatten über die bereits aufgezogene Preskondonanz vom 1. Juni sowohl im Herren- wie im Abgeordnetenhaus. Das Esterbot in der That einen eigenhüttlichen Eindruck, eine Leidigkeit und Beweglichkeit, die mit seiner sonstigen tiefen Ruhe auffallend contrastirt. Die Tribünen, welche sonst in ihrer Verlässlichkeit Liebenden zum Rendez-vous dienen können, waren fast bis auf den letzten Platz gefüllt; auch die Logen waren zahlreich besetzt und Vater Brangel, der niemals fehlt, wo es etwas zu sehen und zu hören gibt, lächelte vergnügt zu der ihm wohlgefälligen Versammlung nieder. Auf ihren curiösen Sitz von rotem Sammet ruhten die edlen Pans und Granden mit aristokratischem Selbstbewußtsein und olympischen Gebärden. Dennoch herrschte in dem hellen, geräumigen Saal eine angenehme Temperatur und gemütliche Stimmung, indem man sich ganz en famille fühlte, da die bürgerlichen Elemente bei ihrer geringen Zahl kaum in Betracht kommen, und nur den kleinen Herrn auf die lieben. Die Debatte selbst zeichnete sich weniger durch Geist, als durch Decktheit und einem gewissen Humor aus, der jedoch mehr passiver als aktiver Natur erschien. Von den Rednern waren besonders die Herren v. Daniels, v. Bander und v. Senft-Pilsach bewerkstelligt. Der Letztere, ein großer Herr mit dunklem zurückgestrichenem Haar, hat merkwürdiger Weise mehr Aehnlichkeit mit einem reichen Börsenspeculator, als mit einem edlen Ritter des Fudalstaats. Auch Herr v. Bander macht durchaus nicht den Eindruck eines Vollblut-Aristokraten, sofern weit eher den eines deutschen Proschos mit lachtem Scheitel und eingefallenen Wangen. Mit keinerlei Stimme bewährte sich der Herr Kandler, den bewirkenswerten juristischen Satz zu beweisen, daß eine bloße längliche Ver-

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 25. Nov. Die an einige Zeitungen aus Wien telegraphierte Nachricht, die österreichische und die preußische Regierung hätten ihre Bundestagsgesandten gleichlautend dahin instruiert: daß der Herzog Friedrich wegen mangelnder Ebenbürtigkeit keine Erbansprüche habe, ist nach zuverlässiger Quelle falsch.

Hamburg, 24. Nov. In einer heute Abend hier stattgefundenen sehr zahlreich besuchten Versammlung vieler Schleswig-Holsteiner und hiesiger Bewohner wurden die bekannten Resolutionen angenommen. Das Comitis teilte mit, daß Werbebüro errichtet seien.

München, 25. Nov. Die "Bayerische Zeitung" erklärt als unzweckhaft, daß die bayerische Regierung in den schleswig-holsteinischen Angelegenheit ihrer seitherigen Haltung treu und consequent bleiben werde. Ueber die Mittel und Wege, wie eine glückliche Lösung erreicht werden kann, habe jedoch die Bundesversammlung zu beschließen. Wir dürfen hoffen und vertrauen, daß der Bund den Besluß mit dem Ernst fassen werde, der nötig ist, um dem Rechte Deutschlands zu einem baldigen Siege zu verhelfen.

Dresden, 25. November. Auf den Antrag des Freiherren v. Welck hat die erste Kammer heute unter dem Ausdruck ihrer Beschiedigung über die gestern von dem Minister v. Beust abgegebene Erklärung und in der Vorauflösung, die Regierung werde dabei auch für die Geltendmachung der Rechte Holsteins auf Schleswig wirken, erklärt: Das sächsische Volk und seine Vertreter seien bereit, die Regierung in der bezeichneten Haltung auf jede Weise zu unterstützen, selbst wenn dabei die Ergreifung der äußersten Mittel notwendig werden sollte.

Von der polnischen Grenze, 25. November. In der vergangenen Nacht haben zahlreiche Verhaftungen höherer Beamten stattgefunden, worunter die Commissions-Directoren Muszynski, Luszczewski und Pietrowski sich befinden.

London, 25. November. Auch "Daily News" bestätigt, daß England die Einladung zu dem Congress abgelehnt habe und daß der Graf Russell nicht zurücktrete. London, 25. Nov. Mit dem Dampfer "Germania" sind Nachrichten aus New York vom 14. in Ewer eingetroffen. Nach derselben hat General Lee auf der Südseite des Rapidan Stellung genommen; General Meade steht zwischen dem Rapidan und dem Rappahannock. Es wird eine Schlacht erwartet. Der Wechselcours auf London war in New York 161, Golbach 46%, Baumwolle 85—86.

Triest, 25. November. Der sällige Ploydampfer ist mit der Überlandpost aus Alexandrien eingetroffen.

Wittische Ueberricht.

Die schleswig-holsteinische Commission des Hauses der Abgeordneten hat vorgestern Abend den Stavenhagen-Birchow'schen Antrag einstimmig angenommen, mit folgendem Zusage zu dem zweiten Gewägungsgrunde: "und daß einem deutschen Volksstamme gegen seinen Willen und gegen seine verfassungsmäßigen Rechte kein fremder Herrscher durch fremde Macht aufgedrungen werden darf." Von den Ministern war keiner erschienen; der Ministerpräsident ließ sich durch den Geh.-Rath Abken vertreten. Gleich zu Anfang der Sitzung sprach die Commission den förmlichen Wunsch aus, über die Verhandlung nichts veröffentlicht zu lesen. Dieser Wunsch erwies sich sofort als unnötig, als der Reg.-Commissar die Erklärung abgab, die Regierung müsse sich vor

ordnung hinreiche, jeden beliebigen Beamten in einen Richter zu verwandeln; eine Behauptung, die dem Namen des Herrn von Bander eine schwach bemedientenwerthre Unstethlichkeit erwirkt. Witten in diesem Andtheim gegen die Presse langen die Reden der Herren Tellkampf, Bloemer und Camphausen wie Stimmen aus einer andern Welt. Der frühere Ministerpräsident Camphausen zeigt noch immer dasselbe Kluge Gesicht mit den klaren Augen und kräftigen Zügen, in denen ein fester, energischer Charakter verräth. Im Jahre 1848 stand er der rohen Strahendemagogie, jetzt der Reaction gegenüber, indem er mit voller, kräftiger Stimme die Presse gegen ihre Angreifer vertheidigte.

Eben so groß, wo nicht noch größer war der Andrang zum Abgeordnetenhaus, das vom frühen Morgen an förmlich belagert wurde. Wie bei großen Schauspielungen wurden die Bullets zu den Tribünen mit 1—3 Tole bezahlt; sogar gefälschte Eintrittskarten sollen vorgekommen sein. In den vordersten Reihen der anstürmenden Menge erblickte man zahlreiche Damen, welche die ersten Plätze sich zu erobern wußten und bis zum Anfang der Sitzung sich in üblicher Weise mit Stricken, Haken und andern weiblichen Arbeiten beschäftigten. In der That ist der Eingang zu dem preußischen Abgeordnetenhaus schwer und langwierig wie der Weg ins Tugend. Wenn man so glücklich ist, eine Karte zu den Tribünen zu erlangen, so thut man gut, sich einen besondern Führer zu engagiren, der einem über den zugigen Hausflur und über den Hof, durch einen langen Gang, der gar kein Ende zu nehmen scheint, an verschiedenen Türen und verbotenen Eingängen vorbei, glücklich in den Sitzungssaal bringt. Derselbe zeichnet sich keineswegs durch übertriebenen Luxus aus, dafür ist er auch nicht im mindesten bequem und confortabel. Rings um die schwülzige roth gefärbten Wände, laufen von drei Seiten die Tribünen für die hohen Herrschaften, die Diplomaten, die Mitglieder des Herrenhauses und das ordinäre Publikum. Am Schlechtesten ist, wie billig, die Loge für die nichswürdige Presse eingerichtet, indem man dasselbe wie in einem Düringschiffe sitzt und die Redner nur mit Rühe und äußerster Anstrengung das Gehör vernehmen kann. Die Herren Abgeordneten selbst sitzen auf mäßig gepolsterten Bänken, wodurch die Gesundheit sehr zurücklich sein soll. Ungefähr in der Mitte des Hauses befindet sich die Rednerbühne und der Stuhl des Präsidenten, gerade gegenüber

überreilten Entschlüssen hätten und ihre Entscheidung bis nach sorgfältigster Prüfung der ganzen Lage stets vorbehalten. — Die Feststellung des Berichts (Ref. Zweiten) soll heute erfolgen; die Verhandlung im Plenum wird daher schwerlich vor Dienstag stattfinden.

Die Justizcommission des Hauses der Abgeordneten ist über den Kyllowschen Antrag (Unterbrechung der Untersuchungshaft der drei polnischen Abgeordneten) noch nicht zur Entscheidung gekommen; das Justizministerium soll erst noch über die Modalitäten Auskunft geben, unter denen schon jetzt für zwei der betreffenden Abgeordneten Seitens des Gerichts eine Erleichterung resp. Entlastung der Haft bewilligt worden ist. Diese Auskunft und danach die Entscheidung soll am Freitag erfolgen.

Die Militairnovelle liegt jetzt mit den Motiven gedruckt vor. Die über den Inhalt des Gesetzentwurfs gestern geachte Mittheilung erweist sich darnach als durchaus richtig. Die Motive sind in seiner Form geschrieben als das vorige Mal, in der Sache hat sich nichts geändert. Die von der Regierung bei der Reorganisation verfolgten Ziele „dürfen um des Vaterlandes willen nicht aufzugeben werden“; über die Frage der Dienstzeit heißt es: „jede erste pflichtmäßige und sachfundige Erwagung weist je länger je mehr auf die Notwendigkeit hin, unter den obwaltenden Verhältnissen die gesetzlich bestehende Dauer der Präsenz als Norm festzuhalten“; die Gründe dafür „sollen hier nicht wiederholt werden“. Die Bemerkung, die einjährige Dienstzeit sei noch populärer als die zweijährige, steht auch in den Motiven, schwarz auf weiß.

Als die anderen drei neu berufenen Mitglieder des Herrenhauses bezeichnet die feudale Correspondenz den Fürsten Büdler-Muslan, den Wirkl. Geh. Rath v. Lecq und den Oberpräsidenten a. D. v. Beurmann.

Der "Weser-Btg." meldet man aus London, daß die englische Regierung beabsichtige, Preußen, Österreich, Frankreich, Niederrhein und Schweden zu einer Konferenz über die dänisch-deutsche Erbsfolgefrage, oder vielmehr zur Belästigung des Protocols von 1852 nach London einzuladen und die Einladungsschreiben wahrscheinlich bereits abgegangen sind. Daß Dänemark bei diesen Conferenzen, wenn auch nicht als beschlußfähige Macht, vertreten sein werde, versteht sich von selbst. Die Frage, ob der deutsche Bund zur Abordnung eines Bevollmächtigten aufgefordert werden solle, bleibt der Conferenz selbst zur Entscheidung vorbehalten.

Der "Sola. Btg." wird aus Paris geschrieben: "Die Politik nimmt den Kaiser seit einiger Zeit in dem Maße in Anspruch, daß er seine Lieblingsarbeit, das Leben Césars, bis Seite gelegt hat. Die Situation wird jeden Tag als eine ernste angesehen. Die Agitation in Deutschland zu Guasten Holsteins nötigt die Regierung, bisher unbeachtete Factorien in Rechnung zu bringen. Soar spricht man von einer Vermittelung, welche von hier aus dem Kaiser von Dänemark angeboten werden soll, hat aber wenig Hoffnung, daß dieselbe angenommen werden dürfe. Sollte der Congress ins Wasser fallen, dann wird natürlich Schweden in den französischen Vereinigungen eine große Rolle spielen. Die Potenzen sind aufgefordert worden, auszuhalten, Frankreich denkt nicht daran, ihre Sache im Stich zu lassen. Die Nachrichten aus Deutschland haben einen tiefen Eindruck auf die hiesige Geschäftswelt gemacht."

Nach verschiedenen Nachrichten sind die Chancen für die Ministerisch, mit grülem Tuch bedekt, und eine Anzahl bequemer Sessel für die Häupter der Regierung. Nachst ist vor dem Ministerisch haben sich die "Katholiken" und die mit ihnen häufig verbündeten "Polen" niedergelassen. Unter den Ersteren ragt der ältere Reichsverger durch seine hohe Gestalt und sein rhetorisches Talant, unter den Letzteren Graf Czieszkowski durch seine originelle Erscheinung und tief national-kolonialisches Wissen hervor. Fast den ganzen Mittelraum auf der rechten Seite nimmt das sogenannte "alte Centrum" ein. Hier erscheinen wir das charakteristische Gesicht des Herrn v. Bockum-Dolffs, Prof. v. Sybel mit den klugen energischen Zügen, der nicht nur Geschichte zu schreiben, sondern auch zu machen weiß; den geistreichen Garist mit dem schartigen juristischen Blick, mit der wunderbaren Ruh und Eleganz der klassischen Rede; ferner den wackeren General v. Stavenhagen, den edlen v. Carlowski, den alten Harkort und den Präsidenten Leite, viel erprobte, wahre und treue Patrioten. An diese Männer des linken Centrums schließt sich das kleine, zusammengefummelte Häuflein der Altliberale, darunter der biedere Graf Schwerin mit dem freundlichen Gesicht, und der Präsident Simon, einst eine parlamentarische Größe ersten Ranges, und jetzt noch immer eine stattliche Säule der liberalen Partei. Weiter nach Rechts haben die "Conservativen und Feudalen" ihr Lager aufgeschlagen. Obi der grauäugige Herr mit den kleinen, schlau blinzelnden Augen und dem schmollenden Lächeln ist der schwere Minister v. d. Heydt, in seiner Nähe steht der bekannte Jurist Wagener, der schwere Redakteur der "Kreuzzeitung" und sophistische Vertreter feudaler Gedanken. Er unterhält sich angelegentlich mit dem bekannten Dr. Wantrup, der ein aufsässiges Sillschwanz in Berlin bewahrt, vielleicht eingedenkt des Sprichworts, daß Reben Silber und Schweigen Gold sei. Zu den gleichzeitigen Freunden gesellt sich noch Herr v. Blankenburg. Auf der linken Seite des Hauses bemerken wir Birchow, den berühmten Physiologen, der mit bewundernswürdiger Fertigkeit das anatomische Secretariat an die Auswüchse des Staatskörpers legt. Der schmächtige Mann mit dem orientalischen geistreichen Gesicht ist Johann Jacoby, dessen Rede in seinem hiesigen Wahlbezirk ein so großes Aufsehen erregt, und auf Antrag der Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt ist. Dort steht Schulze-Delitsch, der Vater des deutschen

Borconferenz in Brüssel, welche das Programm für den europäischen Kongreß entwerfen soll, gestiegen. Frankreich soll nichts dagegen einzuwenden haben.

Schleswig-Holstein.

Die preußische Regierung hat gestern in der schleswig-holsteinischen Commission des Abgeordnetenhauses die mit Spannung erwartete Erklärung über ihre Stellung zu dieser Frage nicht abgegeben. Sie müsse sich die Entscheidung vorbehalten. In Folg dessen hat Graf Schwerin, wie das Telegramm gestern meldete, seinen Antrag, der die Mittel zur Führung der schleswig-holsteinischen Sache anbot, zurückgezogen.

Das preußische Volk kennt also auch heute noch nicht die Stellung seiner Regierung zu dieser brennendsten aller Fragen.

Es werden wohl nicht viele Tage vergehen und die „Berl. Allg. Blg.“, die sich so ganz ohne Vorbehalt bei dieser Frage für die Regierung engagierte, wird die Sache von einer anderen Seite ansehen.

Gerade ist in diesem entscheidenden Augenblick, der die Zukunft Deutschlands vielleicht auf lange Zeit bestimmen wird, muß man sich vor Allem vor Illusionen hüten und nicht allein mit Euthanasie, sondern auch mit besonnener Überlegung vorwärts gehen. Gewiß ist es richtig, was die „Nat. Blg.“ sagt: „Deutsche Länder sind in Feindes Gewalt, und damit ist für uns Alles gefragt. Unsere Stellung ist genommen, der Feind muß vertrieben werden; von diesem Sache gehen wir aus, und erst nach ihm kommen die weiteren Erwägungen.“ Aber damit ist's noch nicht gethan. Man muß auch sagen können, wer den Feind vertreiben, wer ihm Schleswig-Holstein entreißen und es dem legitimen Herrscher geben wird.

Unserer Regierung aber von vornherein die Mittel entgegengesetzten, ohne daß wir auch nur eine Andeutung über ihre Politik haben, das scheint uns vollständig ungerechtfertigt.

Die „Köln. B.“ schreibt in ihrer letzten Nummer: „Die gegenwärtigen Ansichten des Herrn v. Bismarck machen wir uns nicht an, zu kennen; aber er und seine Partei haben 1848 und 1849 die Schleswig-Holsteiner für Rebellen erklärt, obgleich sie doch nur für dieselben alten Rechte der Herzogthümer eintrafen, die fest wiederum zur Sprache kamen, und die Einverleibung Schleswigs damals offen ausgesprochen war, während selbst das neueste von Christian IX. genehmigte Reichsgrundgesetz wenigstens den Schein einer Einverleibung zu vermeiden sucht. Der damalige Kampf der Schleswig-Holsteiner, der von den deutschen Regierungen unterstützt wurde, war nichts desto weniger Herrn v. Bismarck „eine revolutionäre Ausschnung gegen den rechtmäßigen Landesfürsten, ein Streit um des Kaisers Bart und eine echte querelle allemande“. Die Partei, die gegenwärtig am Ruder ist, war es ja, welche den verstorbenen König zur Unterschrift unter das Londoner Protocoll bewog. Es ist daher vorläufig noch nicht sehr wahrscheinlich, daß sie einen Krieg gegen alle ihre früheren Ansichten beginnen wird, und noch weniger kann man voraussehen, daß sie diesen Krieg mit der äußersten Entschlossenheit, die allein zum Siele führen kann, durchführen werde.“

Der Wiener „Presse“ wird gemeldet, daß die größeren deutschen Regierungen bereits über Schritte berathen, um eventuell der Bildung von Freischaren zur Verwendung in Schleswig-Holstein mit Einschlußheit entgegenzutreten.

Die „Kreuztg.“ will vor Allem die Bundes-Execution. Österreich und Preußen sollen sich darüber schnell mit dem Bunde verständigen.

* In Berlin hat vorgestern eine sehr zahlreich besuchte Versammlung stattgefunden, in welcher die Ausschuß-Mitglieder des Nationalvereins anwesend waren. (Nur von Bennigsen hatte müssen vorher abreisen.) Derstellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, Fries aus Weimar, übernahm den Vorsitz. In seiner Einleitungssrede sagt er nach der „Ref.“: „Der Ausschuß trete in einem ernsten Augenblick vor die deutsche Nation, er sei sich seiner Aufgabe wohl bewußt, aber er werde der übernommenen Verpflichtung gerecht zu werden suchen. Man habe lange genug unter Fahnen, Klängen und Gesängen alle möglichen Feste gefeiert; auch Schüler, unser National-Dichter, sei wiederholt der Soll der Dankbarkeit in feierlicher Weise dargebracht. Nun müsse es sich aber in wenigen Tagen zeigen, ob wir des Geistes-

Heroen würdig sind, wenn er uns zufügt: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles setzt an ihre Ehre!“

Johann Jacoby (wiederholt mit Beifall begrüßt): Ihm sei vom Ausschuß der Auftrag geworden, die Ansprache des Nationalvereins-Ausschusses „An das Deutsche Volk“ zu verlesen. Sie lautet:

„An das Deutsche Volk! Mit dem Tode des Königs von Dänemark, mit dem Regierungsantritt des Erbprinzen von Augustenburg, als rechtmäßigen Herzogs von Schleswig-Holstein, tritt die verhängnisvolle Frage an das deutsche Volk, ob es die Schwachdulden will, daß ein deutscher Bruderschaft das Schwert von Elsass und Lothringen heile? — Die deutsche Provinz Preußen war einst Polen unterworfen, Pommern unter schwedischer Herrschaft, die Rheinlande Frankreich einverleibt. Das Schwert unserer Vorfahren hat sie dem deutschen Vaterlande wieder erobert. Jetzt gilt, ein Gleiches für Schleswig-Holstein zu thun!“

„Schleswig-Holstein ist von fremden Kriegsschaaren erdrückt; — die eigene Mannschaft auf dänischen Inseln fern von der Heimat. Unsäglich im Augenblick Widerstand zu leisten, haben dennoch unsere Brüder diesseits und jenseits der Eider dem aufgedrungenen Herrscher die Anerkennung verweigert. Vertrauend erwarten sie Hilfe und Beistand von uns.“

„Mahnen wenden wir uns zunächst an Euch, deutsche Fürsten! Als Söhne des gemeinsamen Vaterlaudes — seid eingedenkt der schwierigen Verantwortlichkeit, die auf Euch lastet — seid eingedenkt, daß ein Volk viel Unbill verzeihen und vergessen kann, nimmermehr aber Eins: den Vertrath seiner Ehre und Freiheit an das Ausland! Wer wird in Zukunft Eure eigene Legitimität achten, wenn Ihr die Rechte eines legitimen deutschen Fürsten dem fremden Unterdrücker Preis gebt — wer an Euren Verlus zur Führung der Nation fernherin glauben, wenn Ihr die gerechten Erwartungen des Volks — diesmal — zu täuschen im Stande seid?“

„Wie aber immer der Entschluß der Fürsten ausfalle, — Euch, Ihr deutschen Brüder beschwören wir, selbst zu handeln — jeder an seinem Platze, jeder mit seiner ganzen vollen Kraft, ohne Rücksicht auf Sonder- und Partei-Interessen einig zu sein in der gemeinsamen Gefahr — einig in der gemeinsamen Vertheidigung der nationalen Ehre und Unabhängigkeit.“

„Der National-Verein fordert alle Gemeinden, Corporationen, Vereine, Genossenschaften — fordert alle Vaterlandsfreunde, die sich mit ihm zu dem großen Wile verbinden wollen, auf, ungefährt Geld herbeizuschaffen — und Mannschaft, Waffen und alle Mittel bereit zu halten, die zur Unterstüzung unserer Brüder in Schleswig-Holstein erforderlich sein werden.“

„Die vom Nationalverein aufbewahrten Flottengelder — jetzt, da es gilt, deutsches Küstenland gegen den auswärtigen Feind zu vertheidigen, jetzt werden sie im Sinne der Geber Ihre Verwendung finden. Zu dem Zweck, den wir verfolgen, bedarf es aber bei Weitem größerer Mittel, vor allem einer ausdauernden Selbstbesteuerung des Volkes und einer festen Organisation. Der Nationalverein hat zu dem Ende einen Hilfs-Ausschuß gebildet, dessen ganze Thätigkeit dieser Aufgabe gewidmet sein soll. Ihm sind aus allen Theilen des Vaterlandes die eingehenden Gelder zu überweisen, an ihn alle Mithilfungen und Anerbietungen zu richten.“

„Deutsche Brüder! In Reden und Liebfern habt Ihr Schleswig-Holsteins oftmaß gedacht, unzählige Gelöbnisse gethan, fest zu ihm zu stehen in der Stunde der Entscheidung. Rüstig habt Ihr, Männer und Junglinge auf Turn- und Schützenplätzen Eure Kraft geübt und gestählt, in großen Festen Eure Verbrüderung gefeiert, beim heiligen Dienste des Vaterlandes Euch geweiht. Lasset die Thaten jetzt den Worten entsprechen! Das Ausland spottet der deutschen Bedächtigkeit; zeigt, daß kein Hohn Euch nicht trifft, daß Ihr keine Drohungen nicht achtet, daß wo es die National-Ehre gilt, Ihr auch keine Waffen und Heere nicht fürchtet.“

Ihr aber, Männer in Schleswig-Holstein harret aus in den Euch bevorstehenden Tagen schwerer Prüfung! mit ferner Standhaftigkeit, die wir oft an Euch bewundert, harret aus, bis die Hilfe kommt, die Eurem Lande zu bringen, das deutsche Volk Euch und sich selber schuldig ist.“

Berlin, 24. November 1863.

Der Ausschuß des deutschen Nationalvereins.

R. v. Bennigsen, Vorsitzender.“

Genossenschaftswesens, eine gedrungene feste Gestalt, wie aus Eisenholz geschnitten, voll übersprudelnder Lebendigkeit, im Gespräch mit dem gediegenen Forckenbeck und mit dem manhaften Westen, dessen feine aber scharfe Gesichtszüge den festen Charakter verrathen, der seine eigenen Wege zu gehen liebt. Auf den nächsten Bänken sitzen der greise Taddel, mit dem alten Kopf und dem jungen Herzen, der ehrwürdige Diesterweg, der mutige Kämpfer der Regulativen und der erste Pädagoge Deutschlands. Vergebens aber suchen wir heute das charakteristische Haupt Waldeck, den einen Gesichtsroß von den Debatten über das Preßgesetz fern gehalten hat. Jener geistvolle Herr mit dem seinen Läbeln um den wohlgeformten Mund ist der berühmte Geschichtsschreiber Rom, Professor Mommsen. Dort sehen wir noch den kräftigen Löwe-Calbe und v. Unruh, die beiden historisch merkwürdigen Präsidenten des deutschen Kumpf-Parlaments und der aufgelösten preußischen Nationalversammlung. Welche Männer und welche Erinnerungen! Jetzt giebt der würdige Präsident Grabow mit der Glocke das Zeichen; das laute Geräusch der Versammlung, welches wie fernes Meergeräuse klingt, verstummt. Die Vitaliarden des Hauses nehmen ihre Sitze ein, die Quästuren und Stenographen eilen nach ihren Plätzen, der Referent erhält das Wort, und unter der steigenden Spannung der überfüllten Tribünen, beginnt die interessante Verhandlung über die Preßordnungen, die mit überwiegender Majorität verworfen werden.

Die „Berliner Revue“ welche öfters an partiellem Wahnsinn leidet, hat der Stadt Berlin wegen des Ausfalls der Wahlen und ihrer unverbesserlichen liberalen Gegenstimmung den Krieg erklärt, indem sie der entarteten Hauptstadt mit Verleumdung der königlichen Regierung und mit dem Verluste sämtlicher damit zusammenhängender Wohlthaten ernstlich droht. Das ehrerwerthe Blatt läßt sich darüber in folgender Weise vernehmen: „Berlin ist der Rückenpunkt des gesamten Eisenbahnnetzes, nicht bloß der preußischen, sondern der norddeutschen Schienenzüge; dies ist eine jetzt nicht mehr zu ändernde Thatsache, aber es kann der weiteren Ausbildung stillstand geboten, es kann nach und nach sogar eine Concurrenz geschaffen werden. Die Lage Berlins berechtigt von vorn herein zu einer solchen Vorzugsstellung nicht; diese findet ihren Grund allein darin, daß bei der Eigenthümlichkeit der preußischen Monarchie diese überall da ihren Centralpunkt finden wird, wo der Herrscher residirt. Hiermit im engen Zusammenhang steht die außerordentliche Entwicklung Berlins auf industriellem und markantem Gediele.“ „Ober-Tribunal,

(Der seit dem 22sten hier tagende Ausschuß des Deutschen Nationalvereins hat diese Ansprache einstimmig beschlossen. Anwesend in der Sitzung waren: Bennigsen, Brater, Cetto, Delbrück, Düncker, Forckenbeck, Fries, Götte, Hoverbeck, Jacoby, Ladenburg, Lüning, Mieg, Müller, Miquel, Molinari, Schulze, Streit, Unruh.)

Meines Auftrages, fährt Jacoby fort, habe ich mich entledigt und ich habe nichts mehr hinzuzufügen, denn der Aufruf spricht für sich selbst. Nur lassen Sie uns die günstige, jetzt geborene Gelegenheit schnell ergreifen, und der eben gehörten Worte unseres deutschen Genius eingedenkt sein: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles jetzt an ihre Ehre!“

Der Vorsitzende theilte sodann mit, daß die für die schleswig-holsteinische Angelegenheit vom Ausschuß erwählte Commission, aus den Mitgliedern Bennigsen, Streit, Schulze-Delisch, Fries, Mieg, Brater und Miquel bestehend, ihren Sitz in Göttingen nehmen und von jetzt ab ihre ganze Thätigkeit dieser wichtigsten nationalen Sache zuwenden werde.

Franz Düncker: Der Augenblick, den wir herbeigeschaut, und der in unerwarteter Schnelle hereingebrochen, findet uns trotzdem unvorbereitet, denn gerade in dem Moment, wo wir den Arm zum Schlage erheben sollen, ist er mehr als je gelähmt (lebhafter Beifall). Trotzdem aber dürfen wir uns nicht zurückhalten lassen, wenn es gilt, für Recht und Freiheit thätig einzutreten. Die Lage der deutschen Nation ist überragend ähnlich der vom Beginn des Jahres 1813. Die Provinz Preußen schritt dem ganzen Volke voran durch eine Institution, die wir noch heute hoch verehren und vertheidigen, durch Errichtung des ersten Bataillons preußischer Landwehr (Beifall). Die Regierungen glauben sich gebunden durch die Unterzeichnung des Londoner Protocolls von 1852 und zögern, dieses zu zerreißen. Um so mehr aber ist das deutsche Volk und vor Allem die deutsche Jugend zum Handeln verpflichtet, das leere Heereslager des Herzogs Friedrich mit ihren Leibern zu füllen. Freilich fehlt uns in dieser schwierigen Lage ein Vork, der den Knoten zerhauen könnte. Darum aber erfülle sich Jeder von Ihnen mit festem Willen, und wenn Sie das thun, werden Sie erreichen, was Ihre Vorfahren erreicht haben: Sie werden nicht nur die Regierung fortsetzen, nein, Sie werden es auch durchsetzen, daß, wie damals, auch dieser Krieg geführt werden wird unter Führern, die das Vertrauen Preußens und das Vertrauen Deutschlands haben (Beifall).

Dr. Beit stellt den Antrag, zu erklären, daß sie dem Inhalt der von dem Ausschuß des Nationalvereins vorgelegten Ansprache aus voller Überzeugung beitreten wollen. Er motiviert seinen Antrag, wird indeß, als er am Schlusserklärt: auch dieser Regierung, wenn sie mit den Waffen in der Hand vorzugehen erklärt, vertrauen und die nötigen Mittel bewilligen zu wollen, durch den Ruf: „Schlag!“ so wie durch Bischof und Beifall unterbrochen, worauf er nach einigen erklärenden Worten schließt.

Schulze-Delisch: Der Augenblick ist ein furchtbaren ersten. Die Situation tritt an uns heran, sie wartet nicht nach unserem Belieben, und wollten wir nicht handeln in die Speichen des Schicksalsrades eingreifen, die Geschichte würde über uns zur Tagesordnung übergehen. Das preußische Volk und seine Abgeordneten stehen zu hoch, als daß ihnen die künftige Stellung Deutschlands verloren gehen könnte (Beifall) und Sie dürfen das feste Vertrauen zu Ihren Abgeordneten haben, daß sie die innere Sache darum nicht vergessen, nicht verrathen werden. (Großer Beifall, der mit dreimaligem Hoch auf Schulze-Delisch endet.)

Mommsen: Die Nation müsse und werde handeln eintreten, davon sei er überzeugt und er schlägt vor, daß die Geldbeiträge sofort und so schnell als möglich an den Ausschuß des National-Vereins abgeführt werden, denn dieser Augenblick sei der wichtigste, den das Jahrhundert gesehen. Die Selbstbesteuerung verlangt er und die einfachste würde sein, daß ein Jeder das, was er dem Staat jährlich an Steuern abzuführen habe, auch der Sache Schleswig-Holsteins widme.

Wey (Darmstadt): Marschieren müssen wir, wenn auch mit doppeltem, mit dreisachem Marschraum gegen den Führer im Herzen, denn sonst trifft uns sowieso die Kugel, die wir verschossen könnten. Es ist die Meinung Süddeutschlands, daß der bewährte deutsche Geist auch hier siegen werde, wenn schon die Verhältnisse außerordentlich ungünstig sind. Ich sehe mit Stolz auf diese Stadt, die sich an Allem beteiligt, was Großes und Erhabenes in der Nation vorgetragen. Dies Berlin wird auch sein Contingent zu der nationalen Erhebung stellen und es wird und muß das Werk gelingen, denn es wird dem deutschen Volke trotz aller Dalgings der richtige Marschall vorwärts nicht fehlen.

Die Ansprache des Nationalvereins-Ausschusses wird darauf einstimmig angenommen.

Schulze-Delisch: Er habe keine Sorge darum, ob bei uns die Feudalen auch mit uns gehen würden. Es schwebt über diesen eine Art instinctiven Gefühl, daß wenn die Räder der Weltgeschichte erst zu rollen beginnen, man der Volkskraft dringend bedürfen werde. Jene Partei werde sich als dann dieser Bewegung anschließen oder verweht werden. Zur Sammlung von Beiträgen habe er zu bewerben, daß er nicht dazu raten möchte, hier eine Sammlung vorzunehmen. Er wisse, daß von hochachtbarer Seite, von den Vertretern dieser Stadt, eine Sammlung zu diesem Zwecke vor sich gehen werde.

Fries: Seien Sie überzeugt, daß der für die schleswig-holsteinische Angelegenheit erwählte Ausschuß seine ganze und volle Schuldigkeit unter allen Umständen thun wird. Es ist hier erwähnt worden, daß der preußische Verfassungskampf wichtig für das ganze deutsche Volk sei. Davon sind wir überzeugt, daß mit dem Ende der Freiheit dieses Landes auch die Freiheit der deutschen Nation in Stücke geht. Aber ich wiederhole die Hoffnung, daß alle Parteien zusammenstehen werden, in dem legitimen Herrscher, einem Mann, der es nicht bloß als Fürst, sondern auch als deutscher Patriot wert ist, zu seinem Rechte zu verhelfen. In diesem Sinne schließe ich die Versammlung, indem ich Sie auffordere, ein Hoch auf Schleswig-Holstein und auf das Deutsche Vaterland auszubringen. Die Versammlung stimmt dreimal donnernd in dieses Hoch ein.

Oberbürgermeister Seydel in Berlin hat die Mitglieder d.s Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung auf heute Mittag im Sitzungssaale der Stadtverordneten zu einer vertraulichen Besprechung über die etwa Seiten der Kommunalbehörden vorzunehmenden Schritte in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit eingeladen. Die „Nord. Allg. Blg.“ hält diesen Schritt für vollständig ungeeignet. Außerdem könnte dieselbe der Regierung nur Schwierigkeiten bereiten. Das Blatt schließt: „Mit dem bloßen Aufzeigen der öffentlichen Meinung ist aber in der That nichts ergiebt und die wärmsten Freunde der schleswig-holsteinischen Sache müssen

